

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1,20 Mk.
Mitarbeitermitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seitzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telefonamt 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 70 Pfg. für die einspaltige
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 34.

Sonnabend, den 23. August 1919.

23. Jahrgang.

Lohnbewegungen

Gesperert sind die Betriebe: Firma Braunschweig in
Hohenstein; Gust. Görsch Söhne in Stettin; Modsa
in Bromberg; Burre in Schwabach-Gall und Umgebung;
Seidel in Dels (Schlef.); Busch, Wengler, Fied-
lers Nachf. in Grünberg (Schlef.); Born in Liegnitz;
sämtliche Betriebe in Eberbach (Baden), die Werk-
plätze Mehlert und Sträß in Dessau; Firma Schwarz
in Kottbusch b. Königsberg (Ostpr.); die Sandsteinbetriebe
in Kupferdreh; Firma R. Berner u. Sohn in Ober-Wal-
denburg (Schlesien).

Baderborn. Sämtliche Steinmetzbetriebe am Ort sind
wegen Lohnunterschieden gesperrt, gefordert sind 2,50 M.
Stundenlohn und 50 Proz. Zuschlag für Ueberstunden. Die
Firmen Wächter und Schulz haben die Forderungen be-
willigt.

Maintal. In Faulbach und Nauenberg hat die
Firma Arnold die neue Vereinbarung für das Maintal nicht
anerkannt. Der Streik dauert in diesen Betrieben fort.

Eberfeld. In dem Marmorbetrieb der Romana-Werke
zu Hohenstein waren seit längerer Zeit dadurch Differenzen
entstanden, weil jugendliche und weibliche Hilfskräfte ein-
gestellt, willkürlich entlohnt und die tariflichen Abmachungen
damit umgangen wurden. In dieser Sache hat nun der
Schlichtungsausschuss folgenden Entscheid. gefällt:

„Die Firma zahlt den weiblichen sowie jugendlichen
Hilfskräften den Hilfsarbeiterlohn, welcher laut Tarif bzw.
Abmachungen mit dem Zentralverband der Steinarbeiter,
Zahlstelle Eberfeld-Barmen, abgeschlossen ist. Es steht der
Firma frei, entsprechende Hilfsarbeiter, die den Lohn ver-
dienen, einzustellen. Die Abmachungen lauten: Hilfs-
arbeiter, welche barwegend mit der Verarbeitung von
Marmor beschäftigt werden, erhalten im 1. Jahr 2 M., im
2. Jahr 2,25 M. Stundenlohn, im 3. Jahre treten sie in den
Tariflohn für gelernte Arbeiter ein.“

Kürnberg. Für die Marmorarbeiter und Arbeiterinnen
der beiden Werke wurde durch Verhandlungen der Stunden-
lohn um 16 bis 31 Pf. erhöht, desgleichen wurden die Afford-
löhne dementsprechend aufbessert. Die Urlaubsfrage wurde
noch zurückgestellt.

Grailsheim (Württemberg). Hier wurden die Stunden-
löhne um 25 Pf. aufgebessert und wird nur noch im Lohn
gearbeitet. Der Lohnsatz beträgt jetzt 2 M. pro Stunde für
Steinmetzen.

Weslar (Rahn). Die Lohnbewegung ist beendet, Dauer
erhalten 1,95 M., Schleifer 1,83 M. pro Stunde.

Dortmund. Für die Kollegen der Gradsteinbranche
wurde ein neuer Lohnvertrag vereinbart. Stundenlohn ab
18. Juli 2,50 M., ab 1. Oktober 2,60 M. Tarifdauer bis
1. Januar 1920.

Münsterhau. Der Stundenlohn für Steinmetzen wurde
von 1,75 auf 2 M. erhöht. Es wird nur im Stundenlohn
gearbeitet.

Floß und Floßenburg. Der Feuerungszuschlag für Stein-
metzarbeiten im Afford wurde von 125 Proz. auf 150 Proz.
erhöht. Die im Stundenlohn Beschäftigten erhalten pro
Stunde 30 Pf., Hilfsarbeiter 35 Pf. Zuschlag; auch für
Pflasterer wurde eine Stückpreiserhöhung um 3 Pf. festge-
legt. Die Zahlung der Erhöhungen gilt ab 8. August.

Unteresselsbach. Durch Schlichtungsausschuss-Verein-
barung wurden die Lohnsätze für Brecher und Hoffierer um
35 bis 40 Pf. und für Steinmetzarbeiten um 55 Pf. pro
Stunde erhöht. Die Ueberstunden-, Nachtstunden-, Sonn- und
Feiertagsarbeit wird mit den Zuschlägen des Bauarbeiter-
tarifes belegt. Die neuen Lohnsätze gelten ab 4. August.

Lithographische Industrie. Für Solnhofen, Langenlathem,
Wörnshheim und Umgebung fanden Verhandlungen durch ein
freies Schiedsgericht, gebildet durch die Demobilisierung-
stelle Nürnberg, zwischen Arbeitgeber und Arbeitern statt.
Der Tarif wurde umgebildet. Die Grundlöhne und der
Urlaub verbessert. Auf die neuen Löhne erfolgt ab 14. Juli
eine Feuerungszulage von 40 Prozent. Beide Teile nahmen
den Schiedsspruch an. 300 unserer Verbandsmitglieder sind
zunächst an diesem Abkommen beteiligt.

Kürnberg. Für die Steinbrecher am Siedlungswerk
wurden die Lohnsätze der Steinbrecher ab 12. Juni um 30 Pf.
erhöht. Die Löhne der Bauarbeiter sind somit um wesentliches
überdritten. Für die Steinmetzen sollen demnächst noch Ver-
handlungen stattfinden.

Ruhmannsfelden. Der Betriebsleiter S a h f u r t h e r bei
der Firma S a b e r t r u m p f in Auerbach, macht bei der
Entlohnung allerhand Ausflüchte und hat dann immer ver-
gesse, was er vorher den Kollegen versprochen. Wir erziehen
deshalb von eventuellen Arbeitsangeboten absehen zu wollen.

Brandenburg. Bei der Firma F. Rabisch und Ed. Boigt
kam es zur Arbeitseinstellung, weil sie die Bezahlung der
Ferientage nicht voll bewilligten, wie es bereits die Firma
C. F. Wetge anerkannt hat.

Deuthen. Die Stundenlöhne für ältere Steinmetzen sind
auf 2,20 M. und für jüngere ledige Kollegen auf 1,80 M.
festgelegt. Das entspricht einer Aufbesserung von 10 Prozent.

Was wir der Gewerkschaft verdanken . . .

Unseren neugewonnenen Gewerkschaftsmitgliedern in Herz und
Hirn zu hämmern, daß es einst anders im Gewerkschaftsleben und in
den Produktionsbetrieben mit den Arbeiterrechten als jetzt ausah, das
gehört heute zu unseren vornehmsten Aufgaben. Wir sollen ihnen
sagen, was ist, dürfen aber nie verschweigen, was war. Es gilt, sie
zu überzeugungstüchtigen Mitgliedern zu machen, zu vollwertigen Ge-
nossen, die den Wert der Gewerkschaft ganz in sich aufgenommen haben
und sich aus vollem Herzen verpflichten, die Gewerkschaftsidee bis an
ihre Lebensende zu verteidigen.

Hast Du, neugewonnener Gewerkschaftsgenosse, schon überlegt, daß
es im Gewerkschafts- und Arbeiterleben einst anders ausah als heute?
Heute steht unter wirtschaftlichen Arbeitstret auf festen Füßen. Tarif-
verträge und Gesetz regeln Lohn- und Arbeitszeit, das Koalitionsrecht
der Arbeiter ist gesichert, das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften
in den Betrieben ist vom Unternehmertum anerkannt und der Staat
schützt sich an, durch die Gesetzgebung den Arbeitereinfluß in den Be-
trieben fest zu verankern. Entlassungen und Neueinstellungen, Ueber-
stunden und andere wichtige Geschäftsmaßnahmen sollen dem Mitbe-
stimmungsrecht der Arbeiterkraft unterliegen. Und immer steht dabei
der letztere als mächtige Waffe das uneingeschränkte Koalitions- und
Streikrecht zur Seite. Was es stets so?

Jahrelanger Lohn- und Machtkämpfe hat es bedurft, bis sich
die Gewerkschaften diese starke Position erobert haben. Ach, was waren
die Arbeiter, als sie noch keine Gewerkschaften, keine Organisationen
hatten! Da waren die Unternehmer die unbeschränkten Alleinherrscher
in ihren Betrieben, sie bestimmten die Löhne und die Arbeiter mußten
ohne Widerspruch das ihnen gnädigst Gebotene als barmherziges Al-
mosen hinnehmen. Jammerlöhne, zum Satten sei zu wenig und zum
Verhungern zu viel, gehörten damals zur Regelmäßigkeit. War der
Unternehmer gerade gut gelaunt, dann legte er einige Pfennige zum
Lohne zu, hatte er schlecht geschlafen, dann diktierte er Abzüge am
fänglichen Lohn. Im Sommer gab's etwas mehr, im Winter, wenn
die Auslese an Arbeitsträften lüppiger war, gab's weniger. Und ins
Angemessene gesteigert war die tägliche Arbeitszeit. Dreizehn- bis vier-
zehnstündige Arbeitstage waren keine Seltenheit. Das steigerte ja die
Arbeitslosigkeit, ergab größere Auslese unter den willigen Arbeits-
kräften, verhinderte die Auffüllung und drückte die Arbeiterkraft als
Ganzes beträchtlich noch mehr zur Willen- und machtlosen Masse herab.

Da künfte denn in dieser großen Glanzzeit die Idee der gewerk-
schaftlichen Vereinigung auf. Den Arbeitern wurde gesagt, daß sie sich
zu gemeinsamer Tat vereinigen müßten, daß all ihre kleinen Teilkräfte
zum Ganzen zusammengesetzt werden müßten, um auf diese Weise eine
Wirtschaftsmacht der Arbeiterkraft zu bilden, deren Stoßkraft darauf
zu richten sei, sich einen Einfluß, ein Mitbestimmungsrecht bei der Gestaltung der
Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen.

So leicht verständlich diese Idee erschien, sie wurde von der Arbeiter-
kraft wenig beachtet. Ach, die armen Proleten waren ja körperlich so
verleendet, geistig so verödert, so hoffnungslos, daß sie auch in solchen
Verhältnissen nicht ihr Zukunftsbild erblickten. Nur vereinzelt rafften
sie sich zur Organisation auf. Und weil sie noch schwach waren, blieben
auch die Gewerkschaftserfolge spärlich. Und ein weiteres kam hinzu:
Die Staats- und die Unternehmerrmacht erklärten die Arbeiter, die ihre
Klaffenlage erkannt hatten und durch den wirtschaftlichen Zusammen-
schluß ihre Lage zu verbessern hofften, für Feinde der „gottgewollten
Ordnung“, sie verfolgten sie mit ihrem grimmigsten Haß, mahregellen
sie und warfen sie in die Gefängnisse. Doch die Entwicklung ging ihren
ehernen Gang, die Idee war da und ließ sich nicht mehr unterdrücken.
Immer wieder schlossen sich die Verfolgten zusammen und das Häuflein
wurde größer. Und schon begann sie auf ihre Wirtschaftsmacht zu
pochen und ihre Führer versuchten mit den Unternehmern über bessere
Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Doch immer noch wiesen diese ihnen
hohmvol und düntelhaft die Tür. Sie pochten auf ihre angestammten
Herrenrechte und erkannten höchstensfalls nur „ihren“ Seuten das Recht
zu, ihre Wünsche in submissiver Form vorzutragen. Und als die Ge-
werkschaft stärker wurde und immer größere Erfolge für die Arbeiter-
kraft durchsetzte, da schloß sich auch das Unternehmertum zur Organi-
sation zusammen. Und zwar zur mächtvollen Kampfsorganisation, um
den Gewerkschaftsbestrebungen — wie man es nannte — mit der brutalen
Macht des wirtschaftlich Stärkeren ein Ende zu bereiten. Und Polizei
und Staatsmacht stand dabei den Unternehmern verständnisvoll und
hilfsbereit zur Seite.

So wogte denn der Kampf jahrelang hin und her und die Unter-
nehmer suchten vor allem mit ihrer schärfsten Waffe, der allgemeinen
Aussperrung, die Gewerkschaften zu vernichten. Doch vergeblich war
dieses Mühen. Der Organisationsgedanke wuchs, riß immer größere
Maffen mit sich fort, und jeder Kampf gebar neue Gewerkschaftskämpfer.
Die Tarifverträge als Dokumente der wachsenden Arbeitermacht wurden
fast allgemein, die Alleinherrschaft des Unternehmertums im Betriebe
war damit durchbrochen und es kam, daß die Gewerkschaftsführer — die
der Unternehmern in schmerzlicher Weise als „bezahlte Heffer und
Wähler“ bezeichnete — kraft der Organisationsmacht als Vertreter der
Arbeiterkraft anerkannt wurden und das Mitbestimmungsrecht des Ar-
beiters bei Festsetzung des Preises seiner Ware Arbeitszeit hat auf
der ganzen Linie durchgesetzt wurde.

Die Löhne hoben sich. Die tierisch lange Arbeitszeit wurde ver-
kürzt. Mißstände wurden beseitigt. Arbeiterferien gehörten nicht mehr
zu den großen Seltenheiten.

Doch begreife, neugewonnener Gewerkschaftsgenosse, so einfach wie
hier beschrieben ging diese Entwicklung zum Besseren nicht vor sich. Es
bedurfte der größten Kraftanstrengung, es bedurfte großer Einzelopfer.
Tausende hungerten und entbehrten, Tausende wurden gemahregelt und
ins Elend gestoßen, Tausende wurden in die Gefängnisse geworfen —
doch immer wieder rafften Willensstärke und Ueberzeugungsmut die
Verfolgten zusammen, getragen von der Unbegreiflichkeit der Gerechtig-
keitsidee, daß dem Arbeiter ein besseres Los, daß ihm die wirtschaftliche
Freiheit erkämpft werden müsse trotz aller Verfolgungswut und trotz
aller Polizeigewalt!

Und nun steht das große Gewerkschaftsgebäude da, mächtig und
stets rüstet es empor über die zu Boden gedrückten Schichten der che-
mals Allmächtigen. Mit Schwelch und Blut der Proletarier ist es zu-
sammengesetzte; und heute bleibt nur noch übrig, das Haus noch weiter-
festen zu gestalten und seine Bewohner planvoll und zielbewußt durch
den Sturm und Drang der Zeiten zu führen in einen neuen Abschnitt
der Menschheitsgeschichte, die nicht mehr die Ausbeutung des Menschlichen
durch den Menschen kennt, die ein freies, aufgeklärtes Volk auf freier
Erde schafft.

Achte die Arbeit und den Opfermut der Alten, die die Gewerkschaft
zu dem erhoben haben, was sie heute ist: Eine Schutz- und Trug-

burg werdender Menschlichkeit. Was wir heute an wirtschaftlicher Frei-
heit errungen haben, das verdanken wir in erster Linie der rastlosen,
jahrelangen Gewerkschaftsarbeit, das verdanken wir all den zahl-
losen Kämpfern, die für die Gewerkschaftsidee gelitten und gestritten
haben!

Darum schäme Deine Gewerkschaft nicht als etwas Gegebenes, son-
dern als etwas im schweren Kampfe Errungenes. Halte sie hoch, sei
jederzeit eingebend der schweren und großen Mühen, die es gekostet, um
sie groß und mächtig zu machen. Sehe das Werk der Alten fort, stärke
Deine Gewerkschaft zu jeder Zeit durch Wort und Tat, mahne stets
zur Treue und Einigkeit! Das sei der Dank der Jungen an die Alten!

Ein außerordentlicher Verbandstag?

Vor mehreren Wochen wurde auf einer Bezirkskonferenz in
Essen die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages ver-
langt. Der Bericht dieser Konferenz ist in der Nr. 27 des „Stein-
arbeiter“ zum Abdruck gelangt. Es hat auf diese Anregung, aus
den Mitgliedervereinen niemand so recht reagiert. Nun hat der Kol-
lege Beutler aus Eberfeld durch einen besonderen Artikel in
Nr. 32 die Forderung der Konferenz noch einmal unterstrichen. Auch
bis heute hat dieses Verlangen, abgesehen von einzelnen Orten,
keinen besonderen Widerhall gefunden.

Die Begründung für die Notwendigkeit eines außerordentlichen
Verbandstages der Steinarbeiter ist bis jetzt auch recht mager aus-
gefallen; ja, der Kollege Beutler hat sich in der Hauptsache die Be-
gründung aus einer anderen Organisation geholt. Es soll dies
nun durchaus kein Vorwurf sein; aber es muß ernstlich bezweifelt
werden, daß jene Begründung für einen außerordentlichen Ver-
bandstag der Steinarbeiter spricht. Ganz allgemein wird darin die
sprunghafte Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen ge-
schildert und deren Begleitererscheinungen auf die ungeheure Arbeits-
last der agitatorisch tätigen Kollegen hervorgehoben. Aber im
übrigen spielt die Begründung auf ein ganz anderes Gebiet hin-
über, wo die Gewerkschaften sich nicht betätigen und auf dem auch
außerordentliche Verbandstage, sei es nun von unserer Organi-
sation oder anderen, nichts ändern können. Vielleicht hat der be-
treffende Kollege in seiner Begeisterung, das gar nicht gewollt, wir
sagen vielmehr! Doch versuchen wir aus der Begründung, mit der
er sich interressiert, die wichtigsten Sätze herauszufallen und
unserer Behandlung zu rechtfertigen; damit kommen folgende
Punkte zum Vorschein:

1. Das ganze Problem der Arbeiterfrage so anzufassen, wie es
eben in der proletarischen Revolution an- und aufgefaßt wer-
den soll
2. Nach 8 Monaten der politischen Revolution ist auf wirtschaft-
lichem Gebiet alles beim alten geblieben und wenn es nur noch
kurze Zeit so weiter geht, werden wir auf politischem Gebiet
genau so dastehen wie vor dem 8. November
3. In dieser außerordentlichen Zeit haben unsere Gewerkschafts-
führer leider versagt. Sie hätten Gewaltiges leisten können,
wenn sie die Zeit begriffen hätten, sie hätten es in der Hand
gehabt, nach der politischen Revolution die wirtschaftliche einzu-
zuleiten
4. Notwendig ist es, daß in den Gewerkschaften eine Renouir-
ierung vorgenommen wird
5. Die Frage der Arbeiterräte, die Regelung der Produktion, die
immer wieder auftauchenden Pläne von Anschlussversuchen
gegen Arbeiter sind so wichtige Fragen, daß die Gesamtorgani-
sation dazu Stellung nehmen muß
6. Das Statut muß auf einer neuen Grundlage aufgebaut
werden

Das sind so die Hauptpunkte, die bei aller Objektivität in der all-
gemeinen Begründung entdeckt werden können und die wohl auch
der Verfasser jener Begründung sicher als die wichtigsten anerkennen
wird. Nun sind aber diese Sätze durchaus nichts Neues mehr,
sondern sie haben in ihrer Grundtendenz auf dem Gewerkschafts-
kongress eine eingehende Besprechung erfahren, sie sind auch mehr
oder minder auf den einzelnen Verbandstagen der Gewerkschaften
im Verlaufe der letzten Monate behandelt und wohl durchweg —
abgesehen worden. Es sind ein Teil jener Leisfälle von Gewerk-
schaftsmitgliedern, denen die „junge Richtung“ in den Gewerkschaften
nicht mehr gefällt. Eine Besprechung bzw. Widerlegung an dieser
Stelle wird nur eine Wiederholung sein und doch nichts fruchten,
ebenso wird ein Verbandstag der Steinarbeiter es wohl ablehnen,
im Sinne der Punkte 1 bis 5 zu raten und zu talen; schon aus der
Erfahrung heraus, daß er an dem, was außerhalb des Tätigkeits-
gebietes des Verbandes liegt, nichts zu ändern vermag. Es ist weiter
in Betracht zu ziehen, daß unsere Kollegen, soweit sie sich mit
politischen Fragen beschäftigen, über die angeführten Punkte durch-
aus nicht einer Meinung sind. Das liegt lediglich an der ver-
schiedenen Auffassung über die jetzigen Zustände in der Deutschen
Republik. Bei dem einen Teil sprechen volkswirtschaftliche Renouir-
nisse, langjährige Erfahrung und Schlußung in der Arbeiterbewegung
mit und das Verstehen von Ursache und Wirkung allen Geschehens,
während bei einem anderen Teil das Gemeinlich vorherrscht; letztere
hat in noch eine Gruppe vorhanden, die zwischen beiden hin- und
herpendelt! Also als Verband lassen wir hier wohl die Hände
weg, was es auf anderem Gebiet ausgetragen werden, der Ver-
bandsrat ist dazu nicht da.

Es bleibe nun noch der Punkt 6: „Das Statut muß auf einer
neuen Grundlage aufgebaut werden.“ Die Konferenz in Essen hat
dazu eine nähere, wenn auch kurze Begründung gegeben:
„50 Prozent der Beiträge am Ort zu behalten, um bei Lohn-
bewegungen unabhängiger wie bisher handeln zu können.“ Nun
haben wir schon das: „Sehr richtig!“ einzelner Kollegen, aber un-
genau; außerdem läßt sich eine solche Forderung so leicht, daß die
praktische Wirkung nicht durchdringt wird. Wichtig ist, daß die
Verwirklichung dieses Verlangens den vollständigen Umbau des be-
herrschenden Statuts zur Voraussetzung hat, und zwar wiederum, daß
entweder alle zentralen Unterstützungen außer der Zentralver-
mittlung aufgehoben werden oder wenn nicht diese, dann die Zentral-
unterstützung aus dem zentralen Statut verdrängt. Undes wer-
den wird notwendigerweise folgen müssen, auch eine Erhöhung
der Beiträge könnte daran nichts ändern. Wir begreifen, daß die
große Mehrzahl der Verbandsanhänger diese Dr. Eisenbarth's-
Angelegenheit nicht da.

Die weitere Folge wäre dann zweifelslos, daß in der Führung
der Lohnkämpfe eine Dezentralisation einzuwirken würde. Einzelne
Teile, die öfter Lohnunterschieden zu erledigen hätten, könnten Streik-

unterstützungen kann anbringen und müssen wir im Vorauswissen der Gewerkschaften zur Unterstützung ihrer Mitglieder den Betrag festsetzen. — Wird dagegen die Streikunterstützung gestrichelt und alle anderen Unterstützungen (Krankheits-, Arbeitslosen-, Reis-, Notfall-Unterstützungen) gestrichelt, kommen ähnliche strukturelle Verhältnisse. Kurz gesagt, ist die Forderung, von 50 Prozent der Beiträge der Art zu belassen, zum mindesten unüberlegt aufgestellt worden. Ja! hat sie in ihrer weiteren Begründung denn überhaupt eine Berechtigung? Prüfen wir auch diese Seite, um urteilen zu können. Die Zahlstellen behalten jetzt von den Beiträgen circa 12 Prozent und ihren Lohnbeitrag; dafür hat die Zahlstelle aufzukommen für die örtlichen persönlichen und sozialen Verwaltungsstellen, Materialbeiträge, für Entschädigung ihrer Funktionen bei Arbeitsverhältnissen in örtlichen Angelegenheiten. Ohne Lohnzuschlag, was das alles kaum beitragen werden können. Jedoch dort, wo ein Lohnzuschlag auf die Beitragemärkte erhoben wird, können die Zahlstellen die angeführten örtlichen Ausgaben decken! Wir wollen hier keine Zahlstellen namhaft machen, sonst könnte gezeigt werden, dass eine ganze Anzahl noch bedeutend andere Ausgaben im Interesse der örtlichen Mitglieder zu übernehmen haben und gerade diese, finanziell so angelegte, Zahlstellen haben noch nie gesagt über den zu geringen Prozentsatz der von Ort verbleibenden Gelder! Immer und immer wieder hat die Verbandleitung auf die Notwendigkeit von Lohnzuschlägen verwiesen, allerdings mit 5 Pf. pro Markt in nichts anzufangen. Unsere Beiträge im Vergleich zum Verdienst vertragen schon einen Lohnzuschlag!

Die Tendenz von dem Verlangen: 50 Prozent der Beiträge am Ort zu belassen ist die zentrale Instanz bei eventuellen Arbeitseinstellungen möglichst auszufüllen. Die dadurch entstehende Anarchie in den Gemeinden würde sicher im längeren Verlauf sich an den Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gesamtheit unserer Verbandmitglieder selber rächen. Darum: nein! eine solche „neue Grundlage des Statuts“ muß entschieden bekämpft werden. Und lassen wir die Lohnbewegungen in unserem Verbande seit der Revolution vorbeidrehen, dann muß wohl konstatiert werden, daß die Zahlstellen genügend Bewegungsfreiheit zur Verfügung stand, es wäre ja unverständlich gewesen, wenn es anders gelungen hätte! Allerdings müßte einigen Zahlstellen ganz deutlich gesagt werden, daß die vorhandenen Sachverhältnisse zu beachten sind; denn ein Streik schädigt die einzelnen Mitglieder in der ohnehin knappen Lebenshaltung bedeutend, er soll deshalb auch nur in Anwendung kommen, wenn alle anderen Mittel erschöpft sind. Diese alte Fingerring hat in heutiger Zeit ebenso Geltung wie früher; hinzu kommt, daß die Streikunterstützung trotz der 50prozentigen Erhöhung immer nur als äußerster Notbehelf in Frage kommt. — Verschiedene Zahlstellen mußten sogar erst aufgestellt werden, damit sie überhaupt etwas unternehmen, um ihren Verdienst, den Lebensunterhaltskosten anzupassen. Daß es nun bei all den verflochtenen Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Mitglieder gibt, die mit dem Erreichen nicht zu Frieden sind und nun die Ursache dazu im Statut suchen, ist begreiflich, hauptsächlich sind es jene, die von dem jähren Kampf am Verbandstag nichts wissen und sich sehr oft davon drücken, wenn sie dabei mitwirken sollen. Andererseits hat mancher Heißsporn bei solchen Verhandlungen doch schon eine andere Einsicht bekommen. — Also der Kern der Sache ist, daß örtliche Bewegungsfreiheit genügend vorhanden war und noch ist; sie mußte nur dort eingeengt werden, wo mancherlei Einsicht die selbstgeschaffenen Bestimmungen beiseite schieben wollte, die Möglichkeit wurde dann im weiteren Verlauf fast immer anerkannt. Differenzen sind jedoch mit keiner Zahlstelle entstanden und mit Rücksicht auf die neuen Verhältnisse und außerordentlichen Kriegen einzelner Orte hat die Hauptkassette manche von diesen Kriegen übernommen, die eigentlich örtlich zu tragen gewesen wären.

Die Einberufung eines ordentlichen Verbandstages ist nach den bis jetzt angeführten Grundlagen der Befürworter demnach gar nicht so brennend.

II.

Der letzte Verbandstag unserer Organisation lagte im Oktober 1918, kurz vor Ausbruch der Ummwälzung. Der nächste würde schätzungsweise 1920 stattfinden, also nach circa 7 Monaten. Gewiß in manchen, was im Oktober 1915 festgelegt wurde, durch die Ereignisse überholt, so vor allem die Eintragsgebühren und Beitragsleistung, die mit dem gestiegenen Geldwert in keinem Verhältnis mehr stehen. Dasselbe trifft zu auf die statutarischen Unterstützungen. Trotzdem hat aber die Verbandleitung die Streikunterstützung, die erst mit dem 1. Januar 1920 in der neuen Form zur Geltung kommen sollte, bereits am 1. April 1919 in Kraft treten lassen und hat dann noch diese Sache um 50 Prozent erhöht; hat also den Anforderungen der Zeit Rechnung getragen ohne daß die Gegenleistungen geändert wurden. Dagegen ist eine Erhöhung der Krankenunterstützung und des Sterbegeldes sowie der am 1. Januar 1920 in Kraft tretenden Arbeitslosenunterstützung mit Rücksicht auf die im Oktober 1918 beschlossene Beitragsleistung nicht möglich; obwohl die Unterstützungssätze durchaus nicht mehr zeitgemäß sind. Da sie aber allgemein als Ausdruck der gesetzlichen Unterstützungen in Frage kommen, kann mit der Erhöhung bis zum ordentlichen Verbandstag gemartet werden, der dann auch die Beiträge einer Änderung unterliegen muß. Wir sehen hieraus, daß diese Sachen viel eher für einen außerordentlichen Verbandstag sprechen als die anderen Veränderungen und wenn trotzdem die Verbandleitung von der außerordentlichen Tagung absieht, so ist es aus rein praktischen Gründen, die im weiteren dargelegt werden sollen. Wir sind der Auffassung, daß über manche wichtigen Vorgänge in unserem Verbande eine Aussprache angebracht erscheint, so über den abgeklärten Reichstaxtarif für die Gewerkschaften und den übrigen nach in Vorbereitung befindlichen Reichstaxtarif. Der Schleifertarif ist nach beidem Seiten. Willen und können der dazu Beauftragten durchgearbeitet und mit gutem Gewissen, nach

schwierigen Beratungen, wurde die Hureschritt vollzogen. Die Einberufung in die Ortsstellen, die Festsetzung der örtlichen Stundenlöhne, soll in nächster Zeit, wo keine Einigung bisher erfolgte, durch Schiedsgericht vor dem Reichsarbeitsamt erledigt werden. Fest steht, daß dieser Tarifabschluß für einen großen Teil Kollegen bedeutende Verbesserungen bringt, aber wie nehmen ihn zum Teil die Kollegen auf? Jede Vereinbarung hat gewisse Positionen, das wissen alle, die jemals bei Tarifverhandlungen mitgewirkt haben, diese dürftigen Stellen sind das Ergebnis von Kompromissen. Auch der Schleifertarif hat solche Stellen, das weiß die Verhandlungskommission wohl am besten. Nun wird mit einer wahren Engherzigkeit an diesen schwachen Stellen herumgezerrt und allgemein von Verbesserungen geredet. Die anderen Positionen des Tarifes, die Verbesserungen, teilweise ganz bedeutend darstellend, werden nicht erwähnt! Nehulich machen es auch Mitglieder des Unternehmensverbandes, die ebenfalls mit dem Abschluß nicht zufrieden sind. Ein solcher Reichstaxtarif ist nun einmal ein Versuch der Verständigung, bei dem auf beiden Seiten viel guter Wille vorhanden sein muß. Was noch verbesserungsbedürftig ist, wird später nachgeholt werden müssen, jetzt aber heißt es sich einordnen in den Reichstaxtarif und über die örtlichen Grenzen hinausgehen nach denen, die durch den Reichstaxtarif in ihrer Lebenshaltung gehoben werden. An der Hand des Tarifes, auf Grund von Berechnungen der einzelnen Arbeitstunde läßt sich manche Kritik auf ihren wahren Wert zurückführen. Berechtigte Einwände müssen und werden selbstredend anerkannt. Aber sicher ist es unverständlich, wenn in einigen Orten des Reichstaxtarif laut Verfallungsbericht der Reichstaxtarif der Schleifertarif abgelehnt wurde! — Ähnlich unbegrifflich wird der Entwurf eines Reichstaxtarifabschlusses behandelt, er ist sogar als „ein Produkt der Arbeitsgemeinschaft“ hingestellt worden, um Stimmung dagegen zu machen. Orte mit guten Arbeitsbedingungen lehnen ihn rühmlich ab, mit der Begründung, daß ihnen durch eine solche Tarifvereinbarung jede Möglichkeit genommen wird, die Konjunktur auszunutzen. Einmal ist es eine sonderbare Auffassung über die „Konjunktur“, die beim näheren Zusehen doch wohl einer anderen Anschauung Platz machen wird. Auch in diesem Tarif sollen nach dem zentralen Abschluß die Löhne örtlich geregelt werden, aber durch die sonstigen Bestimmungen jene Orte, die bisher mit ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen im Hintertreffen gestanden haben, mehr in den Vordergrund kommen, ohne daß die bestgestellten Orte dabei einbüßen. Liegt das nicht im Gesamtinteresse der Kollegen? — Wir glauben doch! Hinzu kommt, daß durch die Reichstaxtarif für uns Aufgaben erschlossen werden, die bisher gewiß vernachlässigt wurden, wir nennen da nur die Lehrlingsfrage, Einfluß auf Ausbildung und Bezahlung unseres Nachwuchses usw.

Wie bereits gesagt, könnte über alles dieses eine Aussprache auf einer Generalversammlung gewiß nichts schaden, sie liegt uns jedenfalls näher als die Begründung, die sich der Kollege W e u l e r zu eigen gemacht hat. Doch ist bei Beurteilung der ganzen Sachlage zu beachten, daß in allen Fällen die endgültige Regelung (Schleifertarif, Werksleitertarif, Schotterwerttarif, Reichstaxtarif) nach aussieht und damit der Gesamtüberblick fehlt. Es kann deshalb ohne Schaden für die Gesamtheit der Verbandmitglieder der Zeitpunkt abgewartet werden, bis in einigen Monaten der ordentliche Verbandstag stattfindet.

Zum Schluß sei noch mit wenigen Worten auf die Kosten eines außerordentlichen Verbandstages hingewiesen. Denn es ist feststehend, daß nach Abschluß und Erledigung aller der Tarife noch einmal eine Tagung notwendig wird. Finanziell ist das unter den heutigen Verhältnissen eine ziemliche Belastung, die kaum zu tragen wäre. Wir haben jetzt 37 000 Mitglieder, nach dem Statut kommen rund 100 Delegierte zusammen. Die Tagung wird mindestens 35 000 M. mit allem drum und dran kosten.

So wünschenswert schließlich eine Aussprache ist, wie auch in dem „Berliner Brief“ dieser Nummer des näheren dargelegt wird, so muß aber doch aus den dargelegten Gründen jetzt davon abgesehen werden, rein praktische Erwägungen sprechen dagegen. Die Verbandleitung ist ernst bestritt, mit allen Kräften den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen, verläßt nichts, um die wirtschaftliche Lage der Verbandmitglieder zu bessern und zu heben und befindet sich im vollen Einklang mit den übrigen in Frage kommenden Instanzen des Verbandes, die ebenfalls mit Rücksicht auf die Gesamtheit in der Organisation die Einberufung eines ordentlichen Verbandstages nicht für so dringlich halten.

Aus unserer Mitgliederbewegung.

Eine erfreuliche Mitgliederzunahme haben wir am Schluß des II. Quartals (30. Juni) zu konstatieren. In 300 Zahlstellen 36 600 Mitglieder. Davor sind weitaus 611. Gäßen einzelne Zahlstellen ihre Quartalsabrechnungen zur rechten Zeit eingekandt, daher wäre dann die Zahl 37 000 voll geworden, so aber ist für die betreffenden Zahlstellen die Mitgliederzahl aus dem I. Quartal eingestrichelt worden.

Die Zahlen in den einzelnen Fällen des Zu- und Abganges sind folgende:

Zugang: Eingetretene: 10 063 Kollegen; von anderen Organisationen übergetreten: 1491; hauptsächlich ist der Uebertritt von örtlichen Verbänden zu suchen. Vom Militär entlassen bzw. aus anderen Zahlstellen zugezogen: 1930.

Abgang: Ausgetreten: 899; die verhältnismäßig hohe Zahl findet darin ihre Erklärung, daß einige Neugründungen von Zahlstellen, hauptsächlich wegen Betriebseinstellungen wieder hinfällig wurden. Kohlenmangel und sonstige Schwierigkeiten waren die Ursachen. Dann wohl auch, weil das Strohfeuer einzelner für die Organisation ausgebrannt ist, so schnell wie sich einzelne begeben, so schnell kühlt es auch wieder ab. Diese Erscheinung ist nicht erst jetzt zu beobachten, sondern war schon in früheren Jahren. Wegen rückständigen Beiträgen gestrichelt mußten 260 Mitglieder werden. Das Beitragsguthaben ist immer für einen Teil eine künftige

Sache, auch von den Ausgetretenen fällt unter diese Rubrik ein ziemlicher Prozentjah. Ausgeschlossen wurden im Laufe des Quartals 4 Kollegen, weil sie sich gegen die Interessen ihrer Mitarbeiter betrogen haben. Abgetreten zu anderen Organisationen sind 888. Berufswechsel, Einschränkung von Betrieben oder auch Unzufriedenheit mit der eigenen Organisation sind wohl hier die Ursachen. Aus den Zahlstellen abgereicht sind 1025. Gestorben sind 60 Kollegen.

64 Zahlstellen wurden im Laufe des II. Quartals gegründet, Erlöschen bzw. sich mit Nachbarzahlstellen vereinigt, haben sich 7 Zahlstellen. Eine Uebersicht der Mitglieder besonders in den Gaubezirken gibt folgende Zusammenfassung:

Gaubezirk.	Ort	I. Quart. 1919		II. Quartal		Zunahme	
		Mitgl.	Zahlstellen	Mitgl.	Zahlstellen	Mitgl.	Zahlstellen
1. Gau, Berlin	...	1267	11	1573	13	306	2
2. Gau, Pommern	...	6741	42	8810	45	2049	3
3. Gau, Ostpreußen	...	3303	51	4356	55	1553	4
4. Gau, Hannover	...	2999	50	3758	54	759	4
5. Gau, Köln	...	3938	42	5332	54	1394	12
6. Gau, Karlsruhe	...	1922	29	3458	39	1536	10
7. Gau, Bunsiedel	...	3241	42	4353	50	1112	8
8. Gau, Würzburg	...	2695	56	4126	70	1431	14
Einzelgäbler, Hauptkassette	...	140	—	334	—	194	—
Zusammen	...	20206	323	26000	380	10334	57

Die Mitgliederzunahme ist gemiß erfreulich und soll in den einzelnen Orten anspornen, damit auch der letzte Gewerkschaftler seiner Berufsorganisation dem Zentralverband der Gewerkschaftler zugeführt wird.

Die Auflage des „Gewerkschaftler“ hat mit der Nr. 33 die Zahl von 42 000 überschritten.

Berliner Brief.

Eine eigenartige Erscheinung hat die Revolution gezeitigt. Sie hat Kreise mit sich fortgerissen, die vor dem Kriege und während desselben alles andere waren — nur nicht revolutionär. Damit ist der Beweis erbracht worden, daß es zur Durchführung einer politischen Ummwälzung durchaus nicht darauf ankommt, daß der letzte Mann organisiert sein muß. Im Gegenteil, das organisatorische Verhältnis war am 9. November bedeutend schlechter als in den letzten Friedensjahren, und doch ein voller und leichter Sieg auf der ganzen Linie.

Das Versagen der staatlichen Ordnungsmaschinerie, die Erlösung des Volkes aller Glieder des bis ins Kleinste schematisierten Staatsorganismus trug den Verfall in sich selbst.

Obgleich durch den politischen Erfolg sahene viele, die in Jahrzehntelanger organisatorischer Arbeit Schulter an Schulter mit uns gekämpft haben, den Zeitpunkt der reifsten Verwirklichung des Sozialismus bereits gekommen und ist es nur zu erklärlich, daß die um ihre Hoffnungen und Wünsche betäubten entweder der Mut- und Tatenlosigkeit verfielen oder ins andere Extrem führten, um mit dem Mut der Verzweiflung, selbst vor Gewalttaten nicht zurückweichend, das Rad der Zeit schneller in Bewegung zu bringen. Die einen sind der Bewegung nicht mächtig, während die anderen durch ihren blinden Eifer nur Schaden anrichten. Uns erwächst daher die doppelte Aufgabe, aufmunternd nach der einen und mäßigend nach der anderen Seite zu wirken, eine Aufgabe, die namentlich in letzter Beziehung weder uns selbst, noch andere befriedigen kann. Dennoch ist uns dieser Weg klar vorgezeichnet und wir müssen ihn gehen, wenn wir auch die Sympathien derjenigen verlieren, gegen die wir uns aus hartem Mitleidgefühl wenden müssen.

Wir können nicht ruhig mit ansehen und anhören, wie alles das heruntergerissen und in den Schmutz gezogen wird, was uns und unsern jehigen Wiberstehern früher teuer gewesen ist, eben weil es das Produkt jahrelanger erbitterter Kämpfe mit dem Interimementum gewesen ist. Wir sind weit davon entfernt, etwa behaupten zu wollen, daß das Erreichte uns voll befriedigen kann, doch erkennen wir aber, daß viel erreicht ist. Ueber den „Achtstundentag“ äußerte sich Belal 1903 auf dem Parteitag zu Dresden folgendermaßen:

„Ich bin gewiß ein überzeugter Anhänger des Achtstundentages. Es ist in diesem Sinne niemand, der mehr von seiner Notwendigkeit überzeugt wäre als ich, aber ich sage ganz offen: Wenn wir heute den 10stündigen Arbeitstag betätigen, so wären wir froh, keine Illusionen, auf keinem Gebiete.“

Heute ist der Achtstundentag im ganzen Deutschen Reich Gesetz, was unsere revolutionäre sein wollenden Maulhelden nicht abhält, mit ihrer ganzen Lungenkraft hinauszufressen: „Es ist alles beim Alten geblieben.“ Nachdem der Tarifgebende selbst die stärksten kapitalistischen Bollwerke durchdrungen, nachdem die Gleichberechtigung von Unternehmern und Arbeitern gesetzlich anerkannt ist, nachdem die Bahn frei gemacht ist für den wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiter, kommen unsere Wüßbesserer her und verdonnern das ganze Tarifwesen in Grund und Boden, weil es uns hindere, die Konjunktur auszunutzen. Doch uns der Tarif auch über Krisen hinweghelfen muß, das brauchen diese Propheten nicht zu wissen. Man spendet ihnen auch so rauschenden Beifall. Braucht man sich da noch zu wundern, wenn diese Leute die Arbeiterkraft verleben wollen, den Aft abzujagen, auf dem sie sich? Wegen die Gewerkschaften alle Macht den Arbeiterräten, das sind die Lösungsworte der neuen Führer. Es ist die höchste Zeit, daß diesem zerfallenden Treiben ein Ziel gesetzt wird. Wir begrüßen daher den Ruf nach einem außerordentlichen Verbandstage und wünschen, daß er so bald wie möglich stattfinden möge. Dort mögen die Geister aufeinander prahlen und wir sind überzeugt, daß die Vernunft den Sieg davontragen wird.

Der Techniker.*

I.

Ich ja, wie war es doch? — Die Maschinen wimmern, hämmern und stampfen, die Bienen wohnen groß und klein wie Bäume aus der Erde: überall vorwärtsdrängendes Leben zur Behauptung des Reizes, des menschlichen Werdens. Heberall regtet sich die Hand, die in des Jahresrad der Maschinen eingriffen, die mit der Keule dem Stein den bindenden Mortel gab, um ihn anzupackeln in unerschöpfliche Höhen. Nur eine Hand sah man bei diesen Schreien nicht, sie war unsichtbar, aber doch richtunggebend führte sie alle die tätigen Hände zum Schlingen des technischen Wertes. Auf dem Reichthum ruhte und kontrahierte sie, was da summt und hämmert, und was da wusch. Rühr sie mit arbeitsgewohnte Hand des Technikers wachte sich, sondern das Hirn des Technikers wachte erst vorher die große Idee, der neuen Gedanken und die Entschlossenheit, diese Gedanken, was die Hand führen zu können. Wozel hatte da schon die Welt, die Menschheit dem Techniker zu danken, die nach Bekämpfung sein Wert höher als eine Selbstverständlichkeit. Und der Techniker, Wozelwusch gerad, trante sich, daß die Menschheit sich wohl fühlen in einem geschützten Rahmen; er trante sich an den Maschinen, die der Welt immer schneller und schneller vorwärts trugen, die das Leben beglückten und abgaben. Auf beiden Seiten die Rechenenden, auf der einen Seite das Kapital, das seine Idee in klingendes Geld wandelte, und auf der anderen die Menschen, die seine Werte schufen, bezogen, wie es ihnen beliebte.

Er trant sich der Behörde dem Kapital und der Menschheit gegenüber, der notwendig das wenige verdiente, um leben zu können.

„Wir haben den Schlag der Nr. 1 der neuen „Deutschen Techniker-Zeitung“ bekommen, mancherlei Bundesgenossen der technischen Angestellten und Beamten. Die alte „Deutsche Techniker-Zeitung“ und die „Industriellen-Zeitung“ haben ihre Erzeugnisse eingestellt, weil keine Organisationen sich in einer Einheitsgewerkschaft: Bund der technischen Angestellten und Beamten vereinigen haben. Die Spitze zeigt uns den Weg, der für unter den Technikern Bahn bricht. Die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiter wird sich dessen freuen. Die neue Zeitung wird sicher in den Gauen wirken, bevor läng die öffentliche und gewerkschaftliche Organisation der uns verlassenen Nummer 1 Nr. 2.“

Zu großer Idealität, ohne zureichende und abgeklärte Weltanschauung, zu wenig Gewerkschaftler, das war der Techniker des Friedens! —

II.

Eine andere Zeit! — Jüge rollen durch das reife Land, voll beladen mit Werkzeugen, Maschinen, Hosten und Stollenbretern. Alle verschanden im Westen, Osten, Süden und Norden unerschöpflich als Zimmerwunderleben. — Die Werke der Techniker stürzen ein, Brüden verbarben, die Dörfer und Städte wurden Trümmerhaufen, Wüden der Verwüstung und des Unrechts. Das Kapital, welches dem Techniker seine Werte nahm, vernichtete nun auch diese Werte. Es wollte ja später Geschäfte aus dem Wüdenrauben machen! — Die Menschen, oh, was kummerle sie das? Der Kapitalismus wollte seine Opfer haben und raute über sonnige und blühende Gegenden der Menschheit. Und still arbeitete die Hand des Technikers dort wieder, wo sie all sein Schaffen vernichtet hat. Neue Brüden, neue Schienenstränge entstanden, neue Kräfte haben den geschiedenen Menschen vorn im leuchtigen, nassen Straßen Licht und Kraft gegeben. In dieser großen menschlichen Not wurde der Techniker sehend und nachdenklich. Da sah er das Kapital, das ihn umschmeichelt zum Silber gemacht hatte, sah fremde Namen unter seine Werke sehen und fremde Leute Geld und Auszeichnungen für seine Leistungen in Empfang nehmen.

Da wachte sich die Hand zur Faust! — Da wachte der Techniker im Kriege! —

III.

Und heute? — Es ist Frühling geworden, Schnee ränzelte zwar noch im Geäst, aber der Sommer wird kommen. Die alten Jahrsräder, ob sie noch arbeiten werden? Und die Bienen, ob sie bald wieder im frischen Wusch und dem leuchtenden Rot uns erfreuen? Die Menschheit wartet! — Sie wartet auf den Techniker, damit er neue Produktionsmöglichkeiten erschafft, neue Wege findet, um das Volk aus der unerschöpflichen Not wirtschaftlich wieder bergau zu führen. Die Hand des Technikers wird sich wässen müssen, um bei dieser gewaltigen Arbeitslast nicht zu erlahmen. Das Kapital umschmeichelt bereits wieder den Mann, den es selbst zum lebenden Menschen gemacht hat. Die Hand des Technikers wird abgewandt, verständig nach dem Wüden! — Das kapitalistische Wirtschaftssystem, das ihn abhängig machte, wird ihn nicht mehr halten können; er hat diese Fesseln für immer gelöst, er ist Volkswirtschaft!

ler geworden, mit dem Volke für das Volk, zum Wohle der Menschheit.

Die Bahn für eine bessere Zukunft ist frei! Maienstage sollten es sein, die in Berlin Techniker aus allen deutschen Gauen zusammenführten, den Deutschen Techniker-Verband und den Bund der technisch-industriellen Beamten. Sie erlitten seit langem den Neubau ihres Hauses, vereinigen sich und bildeten von nun an einen geschlossenen, fertigen Bau der Zukunft, den neuen „Bund der technischen Angestellten und Beamten“. Der neue Bund wird eine Stätte der Arbeit sein, in welchem die Hände der Techniker sich solidarisch die Hand reichen werden mit allen Arbeitnehmern.

Der Bund stellt sich auf den Boden des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit und wird den Kampf gegen den Kapitalismus in Gemeinschaft mit allen auf gleichem Programm stehenden Arbeitnehmern und Verbänden unbeitri durchführen, bis der deutsche Techniker diejenige Stelle im wirtschaftlichen und politischen Leben einnimmt, die seiner Bedeutung entspricht und das Endziel, die wirtschaftliche Befreiung der gesamten arbeitenden Klassen, erreicht ist.

Das ist der Hauptzweck im neuen Verbands, der ihn weit abführt von der Vergangenheit über die Gegenwart hinweg, einer besseren Zukunft entgegen!

Die Hand des Technikers macht sich frei vom Kapitalismus, läßt sie eingreifen in das Räderwerk der Menschheit für die Menschheit. Schließlich kündigt der Name des neuen Bundes, schlicht und wahr soll er seine Wege gehen! — Das ist der Techniker der Zukunft! — „Gut auf!“

R. P., Erfurt.

Dies ist das Große, was die neue Lehre verkündet: daß sie den Menschen hinführt in den Weltraum und auf Erden: die Arbeit hinter ihm, die Liebe zu seiner Linken, die Gerechtigkeit zu seiner Rechten, die Wahrheit über ihm, die Freiheit über ihm, aber die Schönheit in ihm!

Geopold Jacoby

Der Wiederaufbau des zerstörten Nordfrankreich.

Ueber den Stand der Verhandlungen über die Frage des Wiederaufbaus wird von amtlicher Seite ein Bericht veröffentlicht. Daraus geht hervor, daß erhebliche Meinungsverschiedenheiten der beiden vertrags-schließenden Parteien, der deutschen Kommission für den Wiederaufbau einerseits, des französischen Ministeriums für den Wiederaufbau und der französischen Unternehmer und Arbeiter andererseits zu überwinden waren. Für eine Reihe von Gebieten wurden in Versailles Unterkommissionen eingesetzt, deren Beratungen noch nicht beendet sind.

So viel scheint jetzt schon festzustehen, daß die deutsche Regierung, die nach dem Friedensvertrag der Generalunternehmer für denjenigen Teil der Arbeiten ist, der ihm zugewiesen wird, bestimmte Abschnitte in Auftrag erhält. Im Bericht selbst ist über den Umfang dieser Arbeiten noch nichts gesagt, es wird nur darauf hingewiesen, daß es sich hauptsächlich um ein geringeres Teile des zerstörten Gebietes handelt, daß also große einseitige Pläne seitens deutscher Architekten oder Organisationen nicht durchgeführt werden können. Belgien, das selbst Ueberfluß an Arbeitskräften hat, bedarf deutscher Arbeitskräfte zum Wiederaufbau nicht. Aber auch Frankreich macht erhebliche Schwierigkeiten. Die französischen Unternehmer wollen die deutsche Konkurrenz zur Erzielung möglichst hoher Gewinne noch möglichst ausschalten. Die französischen Arbeiter ihrerseits sehen in den Wiederaufbauarbeiten eine glänzende Konkurrenz für die nächsten Jahre, die sie sich auch nicht entgehen lassen wollen. Da es kameradschaftliche Pflicht der deutschen Arbeiter ist, nicht nach Frankreich zu gehen, wenn dies den Interessen der französischen Arbeiter widerspricht, bedarf es noch weiterer Verhandlungen, um sie zu überzeugen, daß die deutschen Arbeiter nicht als Lohnrücker auf dem französischen Arbeitsmarkt erscheinen werden.

Sinnfälligkeit der Form der Unternehmungen, die mit dem Wiederaufbau betraut werden sollen, wird in dem Bericht gesagt, daß die Reichsregierung keineswegs an dem alten System festhalten wird, sondern daß sie geneigt ist, den Zeitverhältnissen entsprechende Neuerungen zu erproben. Dabei wird vorausgesetzt, daß im Wiederaufbaubereich die zutragende Arbeit nicht gestört werden darf. Aus Gründen der äußeren Politik will man verhindern, daß das Wiederaufbaugelände zum Sammelplatz innerpolitischer Streitigkeiten über die Frage künftiger Unternehmungsformen gemacht wird.

Vor allen Dingen ist es notwendig, daß ein genaues Statut der Arbeitsbedingungen ausgearbeitet wird, und daß eine ganze Reihe anderer Fragen geklärt wird, die augenblicklich noch zur Beratung stehen. Es kommen da in Frage die Wiederaufstellung der Wälder und solcher Gebiete, die nicht mehr zu landwirtschaftlichen Zwecken verwendet werden können, die Wiederherstellung der französischen Bergwerksgebiete in den nördlichen Departements, die Frage des Transports usw. In erster Linie wird es sich ja doch auf die Anströmung und Einnahmearbeiten in den verwüsteten und zerstörten Gegenden handeln.

Die ganze Angelegenheit ist also noch in dem Stadium der Vorbereitungen und wird erst, nachdem diese abgeschlossen sind und nachdem ein Wiederaufbau-Kommissionar mit der Leitung und Organisation der Arbeiten betraut worden ist, greifbare Formen annehmen. Das dabei auch die Arbeiter zu Rate gezogen werden, dafür ist ja bereits gesorgt, indem Arbeitervertreter in die Wiederaufbau-Kommissionen hineingewählt worden sind. Ihre Aufgabe wird es sein, zu verhindern, daß das Unternehmen des Wiederaufbaus, ähnlich wie einstmalig die Kriegsverrichtungen, zu einem glänzenden Geschäft für Privatkapitalisten werden wird. Die Arbeiter, die sich an dem Wiederaufbau beteiligen wollen, werden sich daran tun, sich rechtzeitig so zu organisieren, daß das Privatkapital für weite Gebiete des Wiederaufbaus so gut wie ausgeschlossen wird. Die für innerbetriebliche Zwecke bereits gegründeten gemeinsamen Bau- und Betriebsgenossenschaften bieten dafür ein geeignetes Vorbild. Ein rechtzeitiger, strenger Zusammenhalt der Arbeiter, die ihre Aufgabe ernst nehmen, wird viel dazu beitragen, um die Bedenken zu zerstreuen, welche gegen die Einführung einer sozialistisch orientierten Betriebsweise bestehen, wenn das Kapital von Elementen besetzt werden muß, die aus dem Wiederaufbau politisches Kapital schlagen wollen.

Zur obigen Darstellung, die wir dem Vorwärts entnommen haben, sei hinzugefügt, daß schon jetzt in den verschiedenen Teilen Deutschlands Agenten ihr Unwesen treiben, um Arbeiter für den Wiederaufbau anzuwerben. Vor diesen Agenten wird ausdrücklich gewarnt.

Korrespondenzen.

Demis-Thumis. Geschlossenheit, wie sie die Zahlstelle Demis noch nicht sah, führte hier zu einem schönen Erfolge. Unsere Zahlstelle war mit der Forderung, ab 1. Juli den Zuschlag zum Grundlohn von 115 Prozent auf 150 Prozent zu erhöhen und die Stundenlöhne aufzubessern, an die Unternehmer herangetreten. Der Verband der Steinindustriellen lehnte die Forderung ab. Die Zahlstelle wandte sich an das Schlichtungsgremium zu Bauen. Auch dort wurde die im Verhältnis zu den wahren Umständen fäktlicher Bedarfartikel bestehenden Forderungen der Arbeiter abgelehnt. Dort berief man sich auf das am 1. April abgeschlossene Tarifprotokoll, welches bis zum 30. September gültig wäre. Ein Nachtrag zu dem Abschlussprotokoll feinerzeit, der besagt, daß falls sich die wirtschaftliche Lage nicht hebt, auch unter dieser Vertragsdauer Forderungen gestellt werden können, fehlte und konnte auch von unserem Vertrauensmann nicht gleich beigebracht werden, da er plötzlich erkrankte. Für Montag, den 21. Juli, wurden nun Verhandlungen angefangen. Eine am 17. Juli einberufene Versammlung in Thumis nahm Stellung zu der Lohnfrage. Das Lokal war überfüllt. Mit elementarer Wucht trat die Einmütigkeit der Arbeiter zutage, als einstimmig der Antrag Miedl mit dem Zusatzantrag Siglbauer angenommen wurde. Der Antrag forderte, in sämtlichen Betrieben eine Abstimmung vorzunehmen, ob für oder gegen den Streik, falls die Verhandlungen zu keinem befriedigenden Ergebnis führen sollten; zu den Verhandlungen einen Vertreter der Regierung und des Zentralverbandes zu beauftragen und Dienstag vormittags 9 Uhr eine Versammlung abzuhalten, um Bericht zu erstatten. Der Zusatzantrag verlangte, jeden Lohnausfall anläßlich eines etwaigen Streiks hat der Unternehmer zu tragen. Die Abstimmung ergab 98 Prozent für, 2 Prozent gegen den Streik. Dieses Ergebnis beehrte und beeinflusste auch die Verhandlungen am Montag. Bewilligt wurde der geforderte Zuschlag von 150 Prozent zum Grundlohn und eine Erhöhung der Löhne der Hilfsarbeiter pro Stunde 5 Pf., Zuschlag von 5 bzw. 10 Prozent für Spalter und Steinmehrer zu den Schmiebefloßen und Werkzeug extra ab 1. August. Vom Verbandsvorstand war Staudinger, von der Regierung Geheimrat Rasch anwesend. Zu Frage kamen bei dem Abschluß bis 3000 Mann des Bezirkes. Die am Dienstag stattgefundene Versammlung gestaltete sich zu einer Demonstrationstypischen Kundgebung. Anerkannt wurde die geleistete Arbeit der Kommission. Dem Ergebnis der Verhandlungen wurde zugestimmt. Kritisiert wurde Staubinger, der durch sein Eingreifen ein Festhalten der Kollegen an dem 1. Juli resp. 15. Juli so erschwerte, daß sie den 1. August als Termin für Hinaufsetzung der Löhne schluden mußten. Eine Kommission von 3 Kollegen wurde gewählt, die die Angelegenheit mit dem Nachtrag zum Tarifprotokoll klären sollen. Das prächtige Bild der Geschlossenheit der Steinarbeiter hat wohl manchen belehrt, den Arbeiter sowohl wie Unternehmer. Ersteren über seine Macht, wenn er einig dasteht, letzteren darüber, daß das hier übliche Verschleppung und Auf-die-Lande-Bankrottieren mal ein jähes Ende nehmen kann.

Reichenbach i. Odenw. Unsere im Gasthaus zum Schwanen tagende Versammlung war mäßig besucht. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Berichterstattung des Kollegen Kurz über die in Leipzig stattgefundenen Unterhandlungen zum Schleifertarif. An hand genügenden Beweismaterials ging er auf die Gliederberechnung, sowie auf die in dem Reichstareif vorgezeichneten Affordfälle ein. In der darauf einfindenden Debatte über die Berichterstattung der Kollegen J. Roth und F. Kurz wurde hauptsächlich von Seiten der Schleifer hervorgehoben, daß die Schleifer in dem Reichstareif keinen Fortschritt erbliden. Diesen Ausführungen wurde von verschiedenen Seiten entgegengetreten mit der Begründung, zuerst einmal Berechnungen anzustellen und dann ein Urteil zu fällen und das wird wohl dann anders ausfallen. Der Bericht unter Benschheim im Heijligen Volksfreund, welcher die Berichterstattung aufweist, unsere Delegierten seien in Leipzig überloppelt

worden, wurde ebenfalls der Kritik unterzogen und gegen solche unzulässigen Bemerkungen Verwahrung eingelegt. Im Punkt Verschiedenes kam die Entziehung der Brotzulagen an Schwer- und Schwerarbeiter durch des Ernährungsamt in Darmstadt bzw. durch das Kreisamt in Bensheim zur Sprache und es wurde bedauert, daß gerade jetzt in dieser Zeit wo keine Kartoffeln da sind, sich die leitenden Stellen zu solchen ungerechtfertigten Maßnahmen hinreißten lassen. Der Vorsitzende gab nunmehr bekannt, daß von Seiten des Vorstandes eine dementsprechende Besatzungsbeschrift an das Landesernährungsamt abgegeben worden sei. Sollte keine sofortige Rückantwort eintreten, dann hat eine Deputation, bestehend aus zwei Kollegen (Reichenbach und Benschheim) vorstellig zu werden. Auch wurden einige Worte über den Empfang der Kriegsgefangenen gesprochen. Ein diesbezüglicher Antrag ist an das Gemeindeparlament einzureichen. Nach Erledigung noch einiger Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Leipzig. Am 31. Juli fand im Gewerkschaftshaus unsere Mitgliederversammlung statt. Kollege Schmidt erstattete Bericht über die Bezirksverhandlungen in Lobau. (Festsetzung der Stundenlöhne und Klasseneinteilung.) Eine Einigung kam jedoch nicht zustande. Wenn die Unternehmer auf ihrem Standpunkt bestehen, kann man es den Lobauer Kollegen wähllich nicht verdenken, wenn sie zurücktreten. Um 10 Uhr Stundenlohn-Erhöhung der Hilfsarbeiter 2 1/2 Stunde heranzuführen, ist wohl doch die Höhe. Die Lohnfreigabe unserer Sandsteinmehrer bei der Firma Born wurde vom Schlichtungsausschuß dem Gewerbegericht überwiesen, eine Einigung wurde auch da nicht erzielt und es findet am 7. August eine zweite Sitzung beim Gewerbegericht statt. Sonntag, den 24. August, machen die Liegnitzer Kollegen einen Ausflug nach Groß-Wandrich, und halten mit den dortigen Kollegen eine Versammlung ab. Wir weisen an dieser Stelle besonders darauf hin. Kollege Schmidt ermahnte zum Schluß die Kollegen eingehend, unser Parteiblatt, die Liegnitzer Volkszeitung, zu lesen und in jeder Beziehung zu unterstützen, denn die Parteipresse vertritt die Interessen der Arbeiter.

Meißen I. Die hiesige Zahlstelle hielt am 12. Juli ihre Quartalsversammlung ab. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom 2. Quartal. Bücher und Kasse wurden in bester Ordnung befunden. Leider ist unsere Lokalkasse durch den vierwöchentlichen Streik stark geschwächt worden. Es mochte sich deshalb eine Ersatzsteuer notwendig. Auch zu den Prozenten des Reichstareifs wurde Stellung genommen. Dieser Punkt wurde vertagt, bis zu der Zeit, wo die Zahlstelle in Besitz eines Tarifformulars ist. Dann wurden noch einige Mißstände auf den Plätzen kritisiert und die Wahlkommissionen zur Regelung aufgefodert. Auch die Sandsteinmehrer unserer Zahlstelle standen mit ihren Arbeitgebern in Tarifverhandlungen. Erklärlicherweise ist es ohne Streit zu einem günstigen Abschluß gekommen. Die Kollegen hatten es nicht leicht, da bis jetzt noch kein Tarif bestanden hat. Der Stundenlohn wurde auf 2.20 M. ab 25. Mai und 2.30 M. ab 4. August festgesetzt. Es sind auch Ausführungen für Arbeiter auf den Friedhöfen, Prozente für Werkzeuge und Ueberstunden festgesetzt worden.

Knoschitz bei Blindham. Am 13. Juli fand im Gasthaus zu Knoschitz die erste Mitgliederversammlung statt, die sehr gut besucht war. Tagesordnung: 1. Vorstandswahl, 2. Verschiedenes. Gewählt wurden die Kollegen Joh. Würflinger, Vorsitzender, Gg. Goldmann, Kassierer, Joh. Ebner, Schriftführer, Franz Haushofer und Anton Hitzelberger als Revisoren. Beim Punkt Verschiedenes wurde Klage darüber geführt, daß die Firma Rieger u. Seil die am 15. Juni in Knoschitz getretene 30prozentige Lohnzulage am 21. Juni noch nicht bezahlt. Sofort gerügt wurde die Ueberlaufbarkeiten und wurde beschlossen, es in Zukunft zu unterlassen. Wir wollen uns den Segen des Nachmittages nicht nehmen lassen. Am Schluß der Versammlung wies der Vorsitzende noch auf den Zweck der Organisation hin und ermahnte die Kollegen, ogaktiv mitzuwirken, damit auch der letzte Mann dem Verbande zugeführt wird.

Bunzlau. Versammlung vom 22. Juli 1919. Tagesordnung: 1. Punkt Bericht von der Lohnkommission, 2. Punkt Abrechnung vom 2. Quartal, 3. Punkt Verschiedenes. Kollege Burggraf schloß die Verhandlungen beim Schiedsgericht, der in Breslau gefallt wurde. Der Obmann vom Distrikt ergänzte die Ausführungen von Burggraf. In der Debatte wurde das Verhalten der Firma Zeidler & Wimmel kritisiert. Die Firma will absolut nicht verstehen, daß den Steinmehrer und Brechern, die nur Tagelohn arbeiten, auch durch den Schiedsgericht etwas zugestanden ist. Ja sie ist so gnädig, den Steinmehrer und Brechern, die durch frühere Vereinbarungen etwas mehr haben, dieses abzugeben. Die Versammlung war über dieses Verhalten sehr aufgebracht und wurde der Obmann beauftragt, die nötigen Schritte zu unternehmen, um die Firma zum richtigen Auslegen des Schiedsgerichts zu veranlassen. Der Gauleiter, Kollege Steininger, hat dazu die nötigen Anordnungen getroffen. Im zweiten Punkte gab der Kassierer die Abrechnung vom 2. Quartal. Einnahme 2711.47 M., Ausgabe 797.91 M., bleibt ein Kassenbestand von 1913.56 M. Einstimmig wurde ein Antrag angenommen, die Beiträge um 10 Pf. zu erhöhen. Den arbeitslosen und ausgefallenen Kollegen wird von der Lokalkasse ein Zuschlag zu den Beiträgen bewilligt. Im Verschiedenen wurde dem Statistiker 12 M. bewilligt, ferner dem Kollegen für die Führung des Arbeitsnachweises pro Vierteljahr 5 M. bewilligt. Dann wurde von verschiedenen Kollegen Beschwerden gegen den Kolier Ditzlein geführt und sein Verhalten gegenüber den schwächeren Kollegen abfällig beurteilt.

Oriental (Oberessen). Am Sonntag, dem 21. Juni tagte im Lokal von H. Hirtel hier eine gut besuchte Versammlung der Lokalarbeiter von Oriental und Umgebung. Kollege Böh in aus Frankfurt sprach über das Thema: Warum müssen wir uns gewerkschaftlich organisieren? 54 Kollegen traten dem Verbande bei, die übrigen Beschäftigten sollen durch Agitation in Bruch noch der Organisation zugeführt werden. Die Wahl der Zahlstellenverwaltung ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender: Karl Schenker in Oriental, Stellvertreter: Seb. Wacker in Bobenhausen, Kassierer: Georg Holzwart in Oriental, Schriftführer: Otto März in Berghelm, Revisoren: Heinrich Haas in Eckardshorn und Karl Eller in Bergheim. Für die Orientaler Kollegen muß es jetzt hauptsächlich sein, geschloffen und treu zum Verbande zu stehen, denn nur dadurch können sie ihre wirtschaftliche Lage in Zukunft verbessern.

Kleinröderfeld. Am Sonnabend, dem 19. Juli, fand in der Dülkeren Gastwirtschaft eine mäßig besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand Abrechnung vom 2. Quartal und Abschluß des Tarifs. Die Kassenabrechnung wurde von den Revisoren für richtig befunden und war eine äußerst beachtliche. Die Mitgliederzahl ist auf 153 Kollegen angewachsen, was sehr erfreulich ist. Ueber den Tarifabschluß berichtete eingehend der Vorsitzende. Die Tarifverhandlungen waren äußerst schwierig. Den garantierten Stundenlohn wollten die Unternehmer für Steinmehrer nicht bewilligen. Gauleiter Lohse hat sich in letzter Stunde nachsichtig bemüht, eine Einigung herbeizuführen, was auch gelang. Der garantierte Stundenlohn für Steinmehrer wurde in 3 Klassen eingeteilt: 1.75, 1.60 und 1.35 M. Zum erstenmal kam für Brecher, Bossierer und Hilfsarbeiter ein Tarif zum Abschluß. Für Brecher und Bossierer 1.40 M., für Brecher allein 1.30 M., für Hilfsarbeiter 1.15—1.20 M. Der Vorsitzende zog dann Vergleichs mit dem neuen zum alten früheren Tarif.

Schirgiswalde. Die Steinarbeiter von Schirgiswalde hielten am 7. Juli eine Versammlung im Katscher ab. Der Vorsitzende, Kollege Andolf, begrüßte die Erschienenen, insbesondere den Kollegen Schuster aus Demitz, der als Referent erschienen war. Dieser streifte mit kurzen Worten die Lebensmittelfrage, den schlechten Stand des deutschen Geldes. Er schilderte die gewissenlose und wucherische Ausbeute mancher deutscher Händler. Da die hohen Preise für Lebensmittel noch längere Zeit anhalten werden, waren auch wir gezwungen, um eine Verbesserung unseres Lohnes einzutreten. Kollege Schuster erklärte uns dann ausführlich die neuen Lohnforderungen und die Beiprechnungen mit den Arbeitgebern. Die Sache ist dem Schlichtungsausschuß übergeben worden. Die Kollegen haben dann über den endgültigen Beschluß selbst abzustimmen. Die Minderheit muß sich der Mehrheit fügen, um so als ein Ganzes dazustehen. Es sollen Jugendliche 1.20 M., Ungelehrte 1.50 M. und Spalter 1.60 M. Mindestlohn pro Stunde erhalten. Bei Akkord 150 Prozent Zuschlag, auch soll den Akkordarbeitern mindestens der Tagelohn garantiert werden im neuen Tarif. Der Akkordlohn soll 20 Prozent mehr betragen als der Tagelohn. 2. Punkt der Tagesordnung war der Kassenbericht vom 3. Quartal. Kollege

Stolle legte den Stand der Kasse dar. Kollege Schuster lobte die muntere Tätigkeit der Bücher trotz des jungen Bestandes der örtlichen Organisation. Zur Gründung eines Lokalfonds wurde beschlossen, einen Lokalfond von 10 Pfennigen zu errichten. Das noch vorhandene Geld von früher von ungefähr 120 M. soll der Lokalkasse einverleibt werden. Die Unterstützung bei Krankheiten soll aber vorläufig die Ortsverwaltung versehen, bis in der nächsten Versammlung Beschluß darüber gefaßt werden kann.

Kappelrodt. Am 20. Juli fand im Gasthaus zum Neßhof unsere Mitgliederversammlung statt, die leider im Zeichen der Interesselosigkeit stand. Zu Punkt 1 wurde die Abrechnung vom 2. Quartal bekanntgegeben, welche von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde, worauf dem Kassierer Entlassung erteilt wurde. Bei Punkt 2 wurde zur Neuwahl eines Kassierers und zweiten Vorsitzenden geschritten, als letzterer wurde Kollege Laner Spranger gewählt. Da sich aber von den verheirateten Kollegen keiner entschließen konnte, das Amt eines Kassierers zu übernehmen, so wurde Kollege Alfons Tremel, welcher zugleich 1. Vorsitzender ist, einstimmig auch als Kassierer gewählt. Im Punkt Verschiedenes wurde protestiert, daß in einzelnen Betrieben die Kontinenteinhaber, die zugleich Bruchmeister sind, zu unverschämten und die Beschäftigtenpreise auf einmal um 28 Prozent in die Höhe schrauben. Es wurde auf Grund dieses Vorgehens ein Antrag gestellt, eine Forderung zur Erhöhung der Feuerumlage einzutragen, was von der Versammlung einstimmig angenommen wurde und was auch sehr berechtigt ist, da die Steinarbeiter des hiesigen Steinbruchgebietes noch sehr weit gegen andere Orte im Rückstande sind und trotzdem die Lebensmittel hier verschiedenartig teurer als in mancher Großstadt.

Berlin. Die am 7. August im Gewerkschaftshaus tagende konstituierende Versammlung beschäftigte sich mit dem Entwurf eines von der Zentrale vorgelegten Reichsstädte Tarifs. Kollege Domann gab die Erläuterungen und Verbesserungsvorschläge des örtlichen Vorstandes bekannt. In der Debatte sprachen sich einige Kollegen gegen die Vorschläge aus. Sie hatten die Befürchtung, die Zentrale wolle durch den Kollektivvertrag jede Ausübung der Konjunktur unterbinden und habe außerdem durch die Instanz des geplanten Schlichtungsausschusses ein Mittel in der Hand, die Kollegen nach ihrem Diktat zu zügeln. Außerdem erwiderten ihnen der Entwurf als Produkt der Arbeitgemeinschaft per se nicht bündig. Dem traten der Gauleiter woll. Kitzsche, sowie der bisherige Arbeiterrat Kol. Nahmer entgegen. Beide wiesen auf die in der Vorlage enthaltenen wesentlichen Verbesserungen hin, z. B. die Ferien, die 48stündige wöchentliche Arbeitszeit usw. Weiter betonten beide, daß die Vorlage für die Kollegen in den kleinen Ortschaften wesentliche Vorteile bringe, außerdem ja auch erst ein Schritt sei, dem die Glieder noch angepaßt werden sollen. Nachdem das für und wider mit einigem Temperament erörtert, auch auf die Notwendigkeit eines außerordentlichen Verbandstages für diese wie auch andere brennende Fragen hingewiesen war, ergab die Abstimmung, bei starker gelichteter Versammlung, die Ablehnung des Reichsstädte Tarifs. — Der Beratung über obige Vorlage ging voraus: Stellungnahme zur Spaltung im Volksgenote. Kollege Jahremarkt gab als Arbeiterrat Bericht über die Spaltung. Er erklärte, daß er, obgleich Anhänger der S. P. D., die Spaltung beurteile und insolge dessen zu Feindern, weder rechts noch links, gehe. Einsehen könne er allerdings, daß, wenn die Kollegen hiermit nicht einverstanden seien, sie einen anderen Kollegen delegieren müßten, da er nicht zur S. P. D. übertritten könne. In der Aussprache wurden die aus den Tageszeitungen bekannten gegenseitigen Beschuldigungen vorgebracht. Immerhin zog sich durch die Erörterungen wie ein roter Faden der Gedanke: die Arbeiterschaft müßte sich wiederfinden, auch über die Köpfe ihrer Führer hinweg. Zum Arbeiterrat wurde mit erheblicher Majorität der Kollege Gollfelder, welcher der S. P. D. angehört, gewählt. Die Zahlstelle zählt zur Zeit 1033 Mitglieder und hat somit wieder ihren Höchstbestand vor Kriegsausbruch erreicht. Im Verschiedenen wurde folgende Resolution des Vorstandes diskutiert und angenommen: „Diejenigen Kollegen, welche in leitender Stellung stehen, aber noch mitarbeiten müssen, werden als Kollegen betrachtet und haben insolge dessen Mitglieder des Verbandes zu sein. Es empfiehlt sich aber, daß die Kollegen eine solche Stellung gar nicht erst annehmen, um nicht mit dem Verbande und ihren Kollegen in Konflikt zu geraten.“

Das Kreisstatut von 1914 betreffs Ableben von Arbeitslosenmarken wird wieder in Kraft gesetzt. — Zum Schluß sei dem Schriftführer gestattet, folgende kurze Bemerkung zu machen: Ein Kollege glaubte in der Versammlung von den Anhängern der S. P. D. als von Gelben sprechen zu müssen. Das ist der rechtliche Weg zur Einigkeit nicht. Abgesehen davon, daß dies schon im allgemeinen ein böses Schimpfwort ist, so ist es gegenüber einer Reihe von Kollegen die 20, 25 Jahre und noch länger in unseren Reihen einwandfrei ihren Mann gestanden haben, hohlenlos leichtfertig. Unsere Kollegen, auch wenn sie der S. P. D. angehören, haben das Recht, als das anzusehen zu werden, was wir alle sein wollen: als überzeugte Sozialisten.

München. Versammlung im Restaurant Müllerbad. Tagesordnung: Bericht des Kassierers und der Revisoren; Bericht des Gewerkschaftsdelegierten; Mitteilungen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde durch ehrende Worte unseres Vorsitzenden und durch Erheben von den Händen der am 6. Juli durch Schlagfluß aus dem Leben geschiedener Kollege Paul Weidnerhammer geehrt. Derselbe war ein langjähriger, treuer und pflichteifriges Mitglied unserer Zahlstelle, ein guter, aufrichtiger Freund seiner Kollegen. Leider mußte wieder der schlechte Verlauf der Versammlung gerügt werden. Kollege Erlacher ersuchte die Kollegen, dafür zu sorgen und zu agitieren, daß zukünftige Versammlungen vor den Kollegen mehr Berücksichtigung fänden. Die Lohnbewegung ist ja vorbei und damit auch das Interesse. Das Protokoll über die letzte am 21. Juli stattgefundene Versammlung wurde anerkannt. Kollege Pöllinger gab dann seinen Kassenbericht. Dem ist zu entnehmen, daß am Schluß des zweiten Quartals ein Bestand von 1328.18 M. bleibt. Der Mitgliederbestand erhöhte sich von 201 auf 250 Kollegen. Wieder sind auch wieder einige rückständige Kollegen in der Zahlstelle. Deren Namen wurden überlesen. Die Revisoren beklagten, daß Kasse und Bücher in vollster Ordnung seien. Ein vom ersten Quartal stammender kleiner Fehlbetrag wird nach Antrag verrechnet. Den Bericht vom Gewerkschaftsverein gab Kollege Berger. Die zunächst interessanten und wichtigen Ausführungen fanden dankbare Zuhörer, lösten aber auch eine lebhaft Debatte aus. Besonders gerügt wurde der Bericht, soweit das vom Gewerkschaftsverein gemacht: Defizit von 88 000 M. und dessen jetzt vorzunehmende Deckung in Frage steht. Das Defizit entstand durch geringe Einnahmen während des Krieges, die Ausgaben aber waren fortlaufend (Gehälter, Herberge, Zuschüsse usw.). Dann gibt Kollege Erlacher bekannt, daß von den Kollegen ein Beitrag zum Schlichtungsausschuß gemacht werden solle. Derselbe bekommt für jede bis zu vier Stunden während: Sitzung 7.50 M., für 1 1/2 bis 2 Stunden 15 M. Dies bedeutet für den berechtigten Kollegen einen eventuellen Lohnausfall von 5 M. oder 12.50 M., der von der Lokalkasse zu vergüten wäre. Es wird beschlossen, den Beitrag zu stellen und zwar wurde Kollege Jicmann gewählt. Kollege Erlacher berichtet sodann über eine im Gewerkschaftshaus stattgefundene Betriebsraterversammlung und ersucht dabei die Kollegen, das ihnen durch diese Einrichtung Gebotene auch auszunutzen. Weiter verliest Kollege Erlacher eine Eingabe des Bayerischen Industriellenverbandes an den Denobil-machungskommissioner betr. Verlängerung der Arbeitszeit in den Braubetrieben vor. Diese Angelegenheit ruft eine lebhaft Diskussion hervor, da verschiedene Kollegen die Befürchtung hegen, daß nach Genehmigung dieser Eingabe wohl nicht mehr lange anhalten würde, daß mit demselben Annehmen wohl auch an die hiesigen Kollegen herangetreten würde und so eine der einschneidendsten Errungenschaften der Revolution, der Achtstundentage, in Frage gestellt würde. Daß sich aber die Steinarbeiter mit aller Kraft gegen jede Verlängerung der Arbeitszeit wehren, sei jetzt schon betont. Eine Anregung, in dieser Sache eine Versammlung einzuberufen, findet nicht Anklang, da die Eingabe nicht die hiesigen Steinarbeiter betrifft.

Nach einer kurzen Debatte über Akkordangelegenheiten in einem hiesigen Betriebe fand die Versammlung ihr Ende.

Elberfeld. Am 31. Juli fand Quartalsversammlung statt. Der Rückblick auf das verfloßene Vierteljahr ist ein befriedigender. Der Mitgliederstand ist ein guter. Die Kollegen sind rechtlos organisiert. Kollege Eigelmann gab die Vierteljahrsabrechnung. Durch Nichtabrechnung

